

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 12.06.2012,
17:00 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

1. Bürgermeister Christof (i.V. für Oberbürgermeister Müller)
2. Stadtrat Schmidt
3. Stadtrat Lorenz
4. Stadträtin Richter (i.V. für Stadtrat Müller bis Punkt 3.3)
5. Stadtrat Rank
6. Stadtrat Weiglein
7. Stadträtin Kahnt (i.V. für Stadtrat Heisel)
8. Stadträtin Glos
9. Stadtrat Haag
10. Stadträtin Wallrapp
11. Stadtrat Popp (i.V. für Stadtrat Steinruck)
12. Stadtrat Pauluhn
13. Stadtrat Schardt

Entschuldigt fehlte:

Oberbürgermeister Müller
Stadtrat M. Müller
Stadtrat Heisel
Stadtrat Steinruck

Als Gäste:

Stadträtin Wachter
Stadtrat Böhm (bis Punkt 3.2)
Ortssprecher Pfreuziger

Berichterstatter:

Bauamtsleiter Graumann für Amt 6
Assessorin Näck-Schoor für Amt 6
Stadtplaner Pohl für Amt 6
Verwaltungsrat Schwarz für Amt 3

Schriftführer:

Verwaltungsfachwirt Müller für Amt 6
Verwaltungsinspektor Felbinger für Amt 3

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Teil Amt 6

1. Genehmigung der Niederschriften der öffentlichen Sitzung vom 15.03.2012

Mit 12 : 0 Stimmen

Die öffentlichen Niederschriften vom 15.03.2012 sind gemäß Art 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. BGV-Nr. 58/2012 - Bauvoranfrage zur Errichtung eines Schildkrötentierheims

A. Bürgermeister Christof geht auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass der Antrag abgelehnt werden müsste.

Stadtrat Schmidt wundert sich, dass im Verwaltungs- und Bauausschuss lediglich ablehnende Punkte behandelt werden. Ihm fehle eine Info über genehmigte Bauvorhaben.

Bürgermeister Christof erklärt, dass der Eindruck täusche und die Verwaltung eine Vielzahl von Bauvorhaben genehmige. Er erklärt, dass die Verwaltung nun regelmäßig über die Zahl der genehmigten Bauvorhaben berichte.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass bis zum 06.06.2012 bereits 99 Genehmigungen erteilt wurden und seitens der Verwaltung lediglich ein Bauvorhaben abgelehnt werden musste. Die Verwaltung versucht stets in Gesprächen mit dem Bauwerber eine Lösung zu finden. In Zukunft werde das Bauamt $\frac{1}{4}$ jährlich über den Stand der Genehmigungen berichten.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass beispielsweise auch größere Bauvorhaben im Verwaltungs- und Bauausschuss vorgestellt werden müssten und stellt fest, dass nach der Geschäftsordnung das Bauvorhaben der BayWa (Vorhaben über 1,0 Mio. €) im Gremium hätte beraten werden müssen.

Bauamtsleiter Graumann verneint dies und erklärt, dass dies gleichwohl eine Informationspflicht unabhängig von der Geschäftsordnung nicht ausschließe.

Bauamtsleiter Graumann geht im Folgenden auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass für diese Fläche kein Bebauungsplan vorliege und im Flächennutzungsplan die Fläche als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen sei. Das Grundstück liege im Außenbereich, eine Privilegierung liege nicht vor. Aus diesem Grund müsse die Bauvoranfrage abgelehnt werden. Einzige Möglichkeit für die Schaffung von Baurecht sei ein Bauleitplanverfahren.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, den Weg des Bebauungsplanverfahrens zu gehen und man anschließend nochmals über die Bauangelegenheit entscheiden sollte.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank schließt sich der Meinung der Verwaltung an und stellt fest, dass insbesondere die Kanalerschließung in diesem Bereich problematisch sei.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos schließt sich ebenfalls der Meinung der Verwaltung an. Einem Bebauungsplanverfahren könne sie nur dann zustimmen, wenn die Antragssteller die Kosten des Verfahrens tragen.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für die Ablehnung aus und verweist auf das bisherige Verfahren.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp schließt sich seinen Vorrednern an.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass der Außenbereich nicht mittels eines Bauleitplanverfahrens bebaut werden sollte und spricht sich für die Ablehnung aus.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt schließt sich seinen Vorrednern an.

C. Ortssprecher Pfreninger stellt dar, dass lt. Sachvortrag eine Privilegierung auch im Rahmen einer Zweckbestimmung erfolgen könne. Die Antragstellerin habe eine Bescheinigung vom Landratsamt, wonach sie eine Schildkrötenauffangstation betreiben dürfe.

Stadtplaner Pohl erklärt, dass dies ebenfalls geprüft wurde, jedoch die Gründe fehlen, weshalb genau die Art der Auffangstation angesiedelt werde.

Bürgermeister Christof erklärt, dass der Antrag zur Durchführung des Bebauungsplanverfahrens von Seiten der Gremiums kommen müsse und bittet um Abstimmung des Beschlussesentwurfs.

D. Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Bauvoranfrage zur geplanten Errichtung eines Schildkrötentierheims nicht zu.

3. BGV-Nr. 65/2012:

Bauvoranfrage zur Errichtung von 2 mehrgeschossigen Wohnhäusern mit je 11 Wohneinheiten

A. Bauamtsleiter Graumann geht auf den Sachverhalt ein und stellt fest, dass aufgrund fehlenden Bebauungsplans das Bauvorhaben nach § 34 Bau GB (Innenbereich) bewertet werde. Hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung stellt er fest, dass es sich dieses nicht in die Nachbarschaft einfüge. Er verweist auf Gespräche mit dem Antragsteller, dem man vorgeschlagen habe, eine feingliedriger Bebauung zu finden, was jedoch seitens des Bauherrn abgelehnt wurde.

Darüber hinaus werde das Bauvorhaben seitens der Unteren Naturschutzbehörde sowie des Wasserwirtschaftsamtes kritisch gesehen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag auf Bauvoranfrage abzulehnen.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt äußert sich kritisch, dass ein Bauvorhaben im Innenbereich verhindert werden sollte. Hinsichtlich des Biotops ist er der Auffassung, dass man sicherlich Ausgleichsflächen finden könne. Hinsichtlich der Hochwasserproblematik und der fehlenden Befahrbarkeit stellt er dar, dass übergangsweise der Zugang vom oberen Bereich erfolgen könne. Er verweist auf die umliegenden Häuser und ist der Auffassung, dass eine Genehmigung erteilt werden könne.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank spricht sich im Grunde auch für den Bauantrag aus und erklärt, dass dadurch die Baulücke geschlossen werden könnte. Er stimmt der Verwaltung hinsichtlich der massi-

ven Kubatur zu und stellt fest, dass es sich unter Berücksichtigung der Garage um 5 Geschosse handle. Seiner Auffassung nach sollte man nochmals mit dem Bauwerber sprechen um ggf. auf ein Geschoss verzichten zu können.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos kann sich ebenfalls für den Bau des Gebäudes aussprechen und verweist besonders auf die entstehenden Wohnungen am Main. Die Problematik hinsichtlich des Biotops könne mit entsprechenden Ausgleichsflächen, die vorab festgelegt werden sollten, geregelt werden.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für das Bauvorhaben aus und stellt fest, dass die Gebäude in diesem Bereich allesamt sehr hoch gebaut seien. Die Problematik hinsichtlich des Biotops könne geklärt werden.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp spricht sich ebenfalls für das Bauvorhaben aus.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn könne sich eine Bebauung an der benannten Stellen vorstellen, jedoch nicht in der gegenwärtigen massiven Ausführung.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt verweist auf den Bedarf von Eigentumswohnungen und erklärt, dass er dem Bauvorhaben zustimmen könne. Die Bedenken der Behörden könne er nicht nachvollziehen.

C. Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Beschlussentwurf, wobei mehrheitlich die Meinung vertreten wird, dass das Gebäude an der benannten Stellen errichtet werden könne.

Auf die Frage, wie weit der Gebietsumgriff des Einfügens gefasst werde, erklärt Bauamtsleiter Graumann, dass dies nicht auf den Meter festgemacht werden könne und im Einzelfall unterschiedlich sein könne. Darüber hinaus ist der Gesamtzusammenhang zu sehen, weshalb er feststellt, dass sich das Gebäude nach dem Maß nicht in die Umgebung einfügt.

Bürgermeister Christof bittet um Beschlussfassung. Er erklärt, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens insbesondere die Belange hinsichtlich der Unteren Naturschutzbehörde (Biotop) sowie des Wasserwirtschaftsamtes (Hochwasser) geprüft werden.

D. Mit 3 : 10 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Bauvoranfrage zur Errichtung von 2 mehrgeschossigen Wohnhäusern mit je 11 Wohneinheiten nicht zu.

E. Stadtrat Weiglein ist der Auffassung, dass nun eine positive Beschlussfassung erfolgen müsse.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass die Meinung des Gremiums befürwortend war um im Umkehrschluss dem Beschlussentwurf zugestimmt wurde.

Stadtrat Weiglein stellt den Antrag, nochmals positiv abzustimmen.

Bürgermeister Christof sagt dies zu und bittet um Abstimmung.

F. Mit 10 : 3 Stimmen

3. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
4. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Bauvoranfrage zur Errichtung von 2 mehrgeschossigen Wohnhäusern mit je 11 Wohneinheiten zu.

4. BGV-Nr. 94/2012:

Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses auf Flst. Nr. 653, Sickershausen

A. Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und stellt fest, dass sich das Grundstück im Außenbereich befinde, keine Privilegierung vorliege und darüber hinaus die Erschließung problematisch sei.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt äußert sich kritisch hinsichtlich der Ablehnung und möchte wissen, ob die Verwaltung weitere Möglichkeiten geprüft habe, Baurecht schaffen zu können und verweist beispielsweise auf die Ortsabrundungssatzung. Er befürwortet eine positive Beschlussfassung.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank verweist auf die ehemalige Überlegung, über den benannten Bereich einen Bebauungsplan zu legen, was jedoch am Thema Lärm scheiterte, was mit Blick auf den Lärmschutz an der Bahn nun anders aussehen könnte. Seiner Auffassung nach sollte man ein kleines Baugebiet ausgewiesen werden. Im Vorgriff auf diese Ausweisung könnte man dem Beschluss zustimmen.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos stellt fest, dass die Sickershäuser einen Bedarf an Bauplätzen hätten und möchte ebenfalls wissen, ob mit dem Bauwerber weitere Möglichkeiten besprochen wurden. Sie weist darauf hin, dass noch ein Antrag hinsichtlich der Bauplatzsituation in Sickershausen behandelt werden müsse und stellt den Antrag, den vorliegenden Beschlussentwurf zurückzustellen und bei der anschließenden Beratung im Stadtrat eine sinnvolle Lösung für Sickershausen zu finden.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass gegenwärtig dem Beschlussentwurf nicht zugestimmt werden könne. Ihrer Auffassung nach sollten die seinerzeitigen Prüfungen hinsichtlich der Aufstellung eines Bebauungsplans nochmals auf den Tisch. Darüber hinaus verweist sie auf den Antrag der Freien Wähler zur Aufstellung eines Bebauungsplans im Bereich der Michelfelder Straße. Unter dieser Maßgabe sollte eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werden.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp stellt fest, dass unter den gegenwärtigen Umständen eine Bebauung nicht möglich sei, weshalb er dem Beschlussentwurf (Ablehnung des Vorhabens) zustimmen werde.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass unter den gegenwärtigen Voraussetzungen keine Genehmigung erteilt werden könne. Seiner Auffassung nach könnte dies durch eine Ortsabrundungssatzung bzw. einem Bebauungsplan geregelt werden. Er verweist aber auf den Grundsatzbeschluss, dass Bebauungspläne lediglich auf städtischen Flächen aufgestellt werden.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt ist der Auffassung, dass man prüfen müsse, auf welche Art und Weise Bau-recht geschaffen werden könne und spricht dabei vor allem die Ortsabrundungssatzung an.

C: Im Folgenden diskutieren die Stadträte über das weitere Vorgehen (Abstimmung Be-schlussentwurf, Abstimmung Antrag Stadträtin Glos).

Stadtrat Schmidt favorisiert ebenfalls eine Zurückstellung des Bauantrages, so wie dies Stadträtin Glos beantragt habe.

Bürgermeister Christof erklärt, dass die Antragssteller ein Recht auf eine Entscheidung hät-ten und nach der Beschlussfassung, die Antragssteller selbst den Bauantrag zurückziehen könnte, bis der Stadtrat eine Entscheidung hinsichtlich der Bauplatzsituation in Sickerhausen getroffen habe.

Er bittet um Abstimmung des Antrages von Stadträtin Glos, den Bauantrag bis zur Behand-lung der Bauplatzsituation in Sickershausen zurückzustellen.

D. Mit 6 : 7 Stimmen

Es besteht Einverständnis, den Bauantrag zurückzustellen, bis die Bauplatzsituation in Si-ckershausen im Stadtrat behandelt wurde.

E. Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde und bittet um Abstim-mung des Beschlussentwurfes, wonach nach gegenwärtigen Voraussetzungen eine Bebau-ung nicht möglich sei und der Antrag abzulehnen ist.

F. Mit 10 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Bauvoranfrage zur Errichtung ei-nes Einfamilienwohnhauses auf Flst. Nr. 653 nicht zu.

5. Bitte von Stadtrat Pauluhn

Behandlung der Bausachen im Finanzausschuss

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Behandlung des Übergangs der Alten Mainbrücke in die Fußgängerzone und stellt fest, dass derartige Angelegenheiten sinnvollerweise im Verwal-tungs- und Bauausschuss behandelt werden sollten.

Bauamtsleiter Graumann stellt fest, dass sämtliche Bauangelegenheiten im Finanzaus-schuss vorberaten werden und er den Verwaltungs- und Bauausschuss ebenfalls als das richtige Gremium erachte.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass eine derartige Aufteilung bei der Änderung der Geschäftsord-nung beschlossen werden sollte, der Stadtrat dies jedoch abgelehnt habe.

6. Informationen von Bauamtsleiter Graumann

Fehlende Informationen aus den letzten beiden Sitzungen des Verwaltungs- und Bauaus-schusses

- Anpassung der Gestaltungssatzung - Sachstand

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass in der Stadtratssitzung am 26.07.2012 der Entwurf vorgelegt und das weitere Vorgehen beschlossen werde.

- Bauangelegenheiten Albertshöfer Straße – Sachstand

Bauamtsleiter Graumann weist darauf hin, dass die Antragssteller den Bauantrag zurückgestellt jedoch nicht zurückgenommen haben. Bei diesem Bauvorhaben müsse man auch die gesamte Entwicklung Etwashausens betrachten. Aus diesem Grund werde die Verwaltung einen Rahmenplan erstellen, in welchem Bereich von Etwashausen eine Bebauung möglich ist. In diesem Zusammenhang werde man mit der Regierung von Unterfranken Gespräche führen.

- Böschung Nordtangente

Bauamtsleiter Graumann stimmt zu, dass der Ergebnis der Bepflanzung nicht befriedigend sei, was mit dem Untergrund sowie den Felsen zu tun habe. Es werde eine Abstimmung mit dem Landesanstalt für Gartenbau, Veitshöchheim, dem Planer sowie der Stadtgärtnerei geben, um zu einer Lösung zu kommen. Auf die Frage nach den Kosten stellt Bauamtsleiter Graumann dar, dass die noch geklärt werden müsse.

- Lärmschutz Nordtangente (Bereich Lochweg)

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Stadt selbst Baulastträger war und die Umsetzung zu verantworten hätte. Nachdem dies eine umfassende Klärung bedarf, sagt er eine schriftliche Beantwortung zu.

7. Anfrage von Stadtrat Schmidt

- Bauangelegenheit Buddenthal

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass der Bauwerber die Planung geändert habe und die 5-Meter-Linie des Grünordnungsplanes eingehalten werde.

- Sachstand Baueinstellung Schwimmbad im Außenbereich

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass das Verfahren noch laufe und er wieder Bescheid gebe.

- Anfrage von Stadtrat Schmidt – Sachstand Baubeseitigung Eselsberg (Schwimmbad, Halle)

Bürgermeister Christof stellt dar, dass hierzu noch keine neuen Erkenntnisse vorliegen und die Verwaltung hierüber berichten werde.

8. Anfrage von Stadtrat Schardt – Zufahrt Wohnmobilstellplatz über den Kreisel Fehrer ermöglichen.

Bauamtsleiter Graumann sagt eine Prüfung zu.

9. Anfrage von Stadtrat Pauluhn – Verlängerung des asphaltierten Weges von der Armin Knab-Straße – Umsetzung der eingestellten Haushaltsmittel

Bauamtsleiter Graumann sagt zu, dies zu prüfen.

10. Informationen von Assessorin Näck-Schoor
Klageverfahren Alter Keller

Assessorin Näck-Schoor weist darauf hin, dass im Nachgang der Sperrzeitverkürzung des Alten Kellers, der Inhaber geklagt habe. Im Oktober 2011 hat das Verwaltungsgericht die Klage abgewiesen. Den Antrag auf Zulassung der Berufung wurde nun ebenfalls abgelehnt, so dass der Bescheid nun vollzogen werden könne.

11. Information von Verwaltungsrat Schwarz
Nutzung der Toilettenanlage in der Goldenen Gans

Verwaltungsrat Schwarz weist darauf hin, dass die Toilettenanlage in der Goldenen Gans für Touristen offen stehe. Darüber hinaus stehen die Toiletten beim Frühlingsfest sowie bei der Ebshäuser Kerm zur Verfügung. Noch nicht geklärt sei, inwiefern die Nutzung bei weiteren Festen erfolge.

Stadtrat Schmidt bittet, den Fraktionen und Gruppen eine Ausfertigung des Vertrages zukommen zulassen.

Bürgermeister Christof erklärt, dass dies nach Überarbeitung des Vertrages geschehen könne.

Teil Amt 3

1. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Vollzug der StVO;
Parken von Lkw's im Bereich der Heinrich-Huppmann-Straße

Zunächst weist Bürgermeister Christof darauf hin, dass man nicht ständig die Lkw-Abstellplätze verringern kann. Es muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, Lkw's über Nacht im Stadtgebiet abzustellen. Auf städtischem Grund muss eine Lösung gefunden werden.

Verwaltungsinspektor Schwarz trägt den Antrag der Firma Volbers vor, in unmittelbarem Anschluss an die Firmenzu- und -ausfahrt ein eingeschränktes Haltverbot aufzustellen. In diesem Bereich werden ständig Lastzüge und Anhänger abgestellt und somit die Zu- und Ausfahrt massiv behindert. Um dem entgegenzuwirken, könnte im beantragten Bereich eine Beschilderung angebracht werden, welche das Parken verbietet. Zunächst könnten jedoch auch Steine abgelegt werden.

Mit dem Ablegen von Steinen im beantragten Bereich besteht allgemein Einverständnis.

In diesem Zusammenhang spricht Stadtrat Schardt den in diesem Bereich fehlenden Gehweg sowie die fehlende Beleuchtung an. Hier müsse in diesem Sinne etwas unternommen werden, da mittlerweile am Dreistock eine hohe Anzahl von Gewerbebetrieben vorhanden sind.

Bauamtsleiter Graumann erwidert, dass über diese Anregung bereits planerisch nachgedacht wurde. Machbar sei der beantragte Ausbau. Er steht jedoch noch in planerischem Zusammenhang mit einer geplanten Erweiterung der Firma GEA. Der Ausbau ist derzeit im Stadtbauamt ein Thema, jedoch noch nicht soweit fortgeschritten, um ihn im Gremium zu erörtern.

Stadtrat Schardt bittet nochmal darum, die Planung und die Umsetzung nicht auf die lange Bank zu schieben.

Bürgermeister Christof modifiziert den vorliegenden Beschluss dahingehend, dass zunächst Steine abgelegt werden sollen.

Sollte dies nicht zum Ziel führen, werden die entsprechenden Verkehrszeichen aufgestellt. Dies solle von der Verwaltung kontrolliert und eigenständig entschieden werden.

Stadtrat Rank schlägt als Lkw-Abstellplatz das Gelände der ehemaligen Firma Sessner im Floßhafengebiet vor. Dies sei derzeit ungenutzt und gehöre der Stadt.

Stadträtin Wallrapp weist daraufhin, dass sich die Unternehmer selbst um Abstellplätze kümmern müssten. Viele Arbeitnehmer bekommen jedoch ihren Lkw mit nach Hause und stellen diesen in Wohnnähe ab.

Stadträtin Wallrapp erinnert erneut an den ehemaligen Tankplatz der Amerikaner in Autobahnnähe an der St 2271. Sie vertritt die Auffassung, dass die dort geplante Aufforstung unsinnig ist. Man solle mit Druck und allen möglichen Mitteln ein Protestschreiben nach München senden.

Stadtrat Schardt ergänzt, dass sich das Stadtbauamt oder der Oberbürgermeister an die Bayerischen Staatsforsten wenden sollen, da hier willkürlich entschieden wird.

Bürgermeister Christof sagt zu, die Vorschläge an den Oberbürgermeister weiterzugeben. Der Oberbürgermeister wird dann darüber berichten, was er in dieser Angelegenheit unternehmen hat.

Stadträtin Richter stellt Antrag auf Schluss der Debatte.

Bürgermeister Christof fragt an, ob der Antrag noch in Erinnerung ist und bittet um Abstimmung im Sinne des Vorschlags der Verwaltung.

- Einstimmig -

Dem Antrag der Firma Volbers Kellereiartikel GmbH vom 4.6.2012 wird dahingehend stattgegeben, dass im Anschluss an die Firmenein- /-ausfahrt an der Heinrich-Huppmann Straße zunächst Steine abgelegt werden. Sollte dies nicht zum Ziel führen, werden die entsprechenden Verkehrszeichen aufgestellt.

2. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Parken von Lkw's im Bereich des Kindergartens St. Vinzenz, Sickershäuser Str. 1

Verwaltungsrat Schwarz erläutert die Situation im Bereich des Kindergartens St. Vinzenz. In der Armin-Knab-Straße, unmittelbar neben dem Kindergarten, parken ständig zwei bis drei Lkw's. Der durch die Warmlaufphasen verursachte Lärm und die Abgase sind den Kindern nicht zuzumuten. Aus diesem Grunde wurde durch den Elternbeirat des Kindergartens ein zeitlich befristetes „Parkverbot“ beantragt.

Bürgermeister Christof bittet um Abstimmung im Sinne des Beschlussentwurfes.

- Einstimmig -

Der Anordnung eines „eingeschränkten Haltverbots“ in der Armin-Knab-Straße im Bereich des Kindergartens St. Vinzenz von Montag bis Freitag von 07:00 – 17:00 Uhr wird zugestimmt.

3. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Schaffung eines Fußgängerüberweges über die Kanzler-Stürtzel-Straße und über die Glauberstraße

Verwaltungsrat Schwarz schildert die derzeitige Lage des Verkehrsbereiches Glauberstraße/ Kanzler-Stürtzel-Straße. Seitens des Diakonischen Werkes Kitzingen e.V., Haus Mainblick, wurde beantragt, sowohl über die Kanzler-Stürtzel-Straße an der Einmündung der Glauberstraße als auch über die Glauberstraße, in Höhe des Ausganges des Hauses Mainblick, Fußgängerüberwege zu schaffen.

Bei einer kurzfristigen Rücksprache mit dem Antragsteller wurde die ganze Angelegenheit nochmal erörtert. Der Antragsteller würde seinen Antrag bezüglich des Fußgängerüberweges über die Kanzler-Stürtzel-Straße zurückziehen, wenn die Stadt bereit ist, zumindest über die Glauberstraße einen Fußgängerüberweg einzurichten.

Verwaltungsrat Schwarz weist auf die Notwendigkeit der Kostenermittlung hin, da auch eine Beleuchtung des Fußgängerüberweges erforderlich ist.

Verwaltungsrat Schwarz bittet um Fassung eines Grundsatzbeschlusses dahingehend, dass überhaupt ein Fußgängerüberweg erstellt wird. Dieser sollte dann im Bereich der Glauberstraße in Höhe des Ausganges des Hauses Mainblick errichtet werden.

Stadträtin Wallrapp weist auf die derzeitige Parksituation in diesem Abschnitt der Glauberstraße hin.

Verwaltungsrat Schwarz erwidert, dass das Parken in diesem Bereich nicht komplett untersagt werden soll. Vielmehr sollen ein paar Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden.

Stadträtin Glos schlägt vor, am südlichen Einmündungsbereich der Kanzler-Stürtzel-Straße in die Glauberstraße eine Absicherung durch Ketten anzubringen, damit der Schülerstrom besser gelenkt wird.

Stadtrat Popp spricht sich für die Anlegung eines Fußgängerüberweges im Bereich des Ausganges des Hauses Mainblick aus.

Stadtrat Schmidt weist darauf hin, dass möglicherweise ein neuer Gefahrenpunkt geschaffen wird. Aufgrund der Tatsache, dass seitens des Antragstellers auf den Fußgängerüberweg in der Kanzler-Stürtzel-Straße verzichtet wird, könnte man sich jedoch damit anfreunden, den Fußgängerüberweg in der Glauberstraße, wie von Stadtrat Popp vorgeschlagen, zuzustimmen. Es müsse aber sichergestellt werden, dass in entsprechendem Abstand zum Überweg keine Fahrzeuge parken, damit die Fußgänger rechtzeitig gesehen werden. Zudem müsse jeweils vor dem Überweg für den Fahrverkehr eine Ausweichstelle geschaffen werden.

Stadtrat Popp schlägt zusätzlich vor, im Bereich des Fußgängerüberweges die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu beschränken. Gleichzeitig solle geprüft werden, ob im Bereich des Fußgängerüberweges eine Querungshilfe eingebaut werden könnte.

Bürgermeister Christof sagt die Prüfung des Antrages zu.

Stadträtin Glos fragt nochmals an, ob an dem Gehweg an der Einmündung Kanzler-Stürtzel-Straße / Glauberstraße Pfosten mit Ketten angebracht werden können.

Seitens Verwaltungsrat Schwarz wird die Anfrage bejaht.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass dies nicht zur Debatte gehöre und hierfür ein Antrag erforderlich ist. Dieser wird dann zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stadträtin Glos wird einen Antrag für das Setzen von Pfosten mit Ketten zur Verbesserung der Sicherheit des Schulweges stellen.

Bürgermeister Christof bittet um Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge.

- Einstimmig -

Der Schaffung eines Fußgängerüberweges über die Kanzler-Stürtzel-Straße wird nicht zugestimmt.

- Einstimmig -

Der Schaffung eines Fußgängerüberweges über die Glauberstraße wird unter Berücksichtigung der vorgenannten Anmerkungen zugestimmt.

4. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten

Vorschlag des Herrn Gerhart Wittig, Kitzingen, Gartenstr. 15, für ein Verkehrskonzept für den Stadtteil Etwashausen

Bürgermeister Christof erinnert an die Debatte in der letzten Verwaltungs- und Bauausschusssitzung am 15.03.2012 über Verbesserungen im Stadtteil Etwashausen. Im Hause wurden alle Möglichkeiten durchgesprochen und man kam zu dem Schluss, dass man die Situation in Etwashausen so belassen sollte wie sie ist. Alle Vorschläge, wie „Rechts vor links“, Anliegerverkehr u.a., ziehen andere Probleme nach sich. Seitens der Verwaltung wird deshalb vorgeschlagen, keine Änderungen vorzunehmen.

Verwaltungsrat Schwarz weist nochmal auf die zu erwartenden Probleme bei möglichen Änderungen im Stadtteil Etwashausen hin.

Stadtrat Schmidt stellt nach Prüfung aller Möglichkeiten fest, dass dann die jetzige Lösung noch die Beste ist.

Stadträtin Wallrapp fasst zusammen, dass Anliegerverkehr nicht möglich ist. Im Bereich Mainbernheimer und Schwarzacher Straße sollte der Versuch der „Rechts- vor links-Regelung“ unternommen werden. Im Bereich der Wörthstraße wurde diese Lösung ebenfalls eingeführt.

Stadträtin Wallrapp schlägt vor, das Thema „Rechts vor links“ im Bereich Mainbernheimer und Schwarzacher Straße aufzugreifen. Dieser Vorschlag ist gleichzeitig als Antrag zu verstehen.

Stadtrat Popp spricht sich für die Aufstellung eines Verkehrszeichens an der Ausfahrt des Wohnmobilstellplatzes aus. Es soll damit erreicht werden, dass der Wohnmobilstellplatz in Richtung Nordbrücke verlassen wird.

Stadtrat Popp bittet um Einzelabstimmung der Punkte.

Stadtrat Pauluhn spricht sich ebenfalls für eine Ausfahrt der Wohnmobile in Richtung Nordtangente aus. Den Verkehr in Etwashausen auf Anlieger zu beschränken macht wenig Sinn. Aus Gründen der Verkehrsberuhigung sollte jedoch dem Vorschlag „Rechts vor links“ zugestimmt werden.

Stadtrat Schmidt fragt an, ob bei einer möglichen Zustimmung zur Verkehrsregelung „Rechts vor links“ auch automatisch die 30 km/h-Zone kommt.

Bürgermeister Christof verneint dies und erklärt, dass hierfür ein eigener Antrag notwendig ist.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag, für den Bereich der Mainbernheimer Straße und die Schwarzacher Straße die „Rechts- vor links-Regelung“ einzuführen.

Bürgermeister Christof erwidert, dass zunächst über die Anträge des Herrn Wittig abgestimmt werden soll.

- Mit 3:9 Stimmen -

Dem Vorschlag des Herrn Wittig, im Stadtteil Etwashausen eine 30 km/h-Zone mit der damit verbundenen „Rechts- vor links-Regelung“ einzurichten, wird stattgegeben.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag damit abgelehnt ist.

- Mit 0:12 Stimmen -

Dem Vorschlag des Herrn Wittig, ausschließlich Anliegerverkehr und Radfahrer im Stadtteil Etwashausen zuzulassen, wird zugestimmt.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag ebenfalls abgelehnt ist.

- Mit 7:5 Stimmen-

Es wird zugestimmt, dass eine Ausfahrt aus dem Wohnmobilstellplatz nur in Richtung Nordbrücke möglich ist. Ein entsprechendes Verkehrszeichen ist aufzustellen.

Stadträtin Wallrapp stellt nochmals den Antrag, dass baldmöglichst bzw. ab sofort in der Mainbernheimer und der Schwarzacher Straße die Verkehrsregelung „Rechts vor links“ geschaffen wird.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag bekannt ist und bittet um Abstimmung.

- Mit 4:8 Stimmen -

Dem Antrag von Frau Stadträtin Wallrapp, in der Mainbernheimer und Schwarzacher Straße eine Verkehrsregelung „Rechts vor links“ einzuführen, wird zugestimmt.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag damit abgelehnt ist.

5. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadträtin Glos

Stadträtin Glos teilt mit, dass sich am Bauhof eine Informationstafel befindet und bittet darum, dass auf diesem Plan die Schulstandorte aufgenommen werden.

Bürgermeister Christof ist der Meinung, dass man dies bei der nächsten Version sicherlich berücksichtigen könne.

6. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadtrat Schmidt

Stadtrat Schmidt spricht die Baumaßnahme B8 an und berichtet über unzumutbare Zustände für die Anlieger, über Verzögerung der Bauzeit wegen Lieferproblemen von Material u.a. Dies könne so nicht hingenommen werden. Das Bauamt solle beim Staatlichen Bauamt vorstellig werden und darum bitten, dass die Baumaßnahme zügig vorangeht. Bei den Bürgern und Anliegern steht die Verwaltung im Wort.

Bürgermeister Christof ist der Meinung, dass hier außer der Zusage, mit dem Staatlichen Bauamt Verbindung aufzunehmen, keine weitere Zusage gemacht werden kann.

Bauamtsleiter Graumann betont, dass die Stadt bei dieser Maßnahme nicht Bauherr ist. Es wird, wie vorgeschlagen, auf das Staatliche Bauamt zugegangen. Jedenfalls war eine Verzögerung von Beginn an für die Stadt nicht absehbar.

Stadtrat Pauluhn fragt in diesem Zusammenhang an, inwieweit die Stadt in die Baumaßnahmen bzw. in die Verzögerungen eingebunden ist.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die Stadt frühzeitig in die Baumaßnahmen eingebunden ist. Es gibt auch laufende Abstimmungen im Verlauf der Baumaßnahme. In diesem Fall ist es ganz klar, dass es um Lieferschwierigkeiten geht, die das Staatliche Bauamt zu vertreten hat. Diese Schwierigkeit waren jedoch nicht absehbar. Die Stadt wurde auch in diesem Fall informiert. Es wurde auch geprüft, was getan oder geändert werden könnte. Dass die derzeitige Situation allgemein unbefriedigend ist, wird jedenfalls zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Pauluhn vertritt die Meinung, dass die angegebenen Lieferschwierigkeiten vorgeschobene Gründe sind.

Stadtrat Schardt bezweifelt ebenfalls die angegebenen Lieferschwierigkeiten als Verzögerungsgrund. In Würzburg habe er festgestellt, dass die behindertengerechten Bordsteine abgeladen wurden. Außerdem hört man hintenherum, dass es zu einer Bauverzögerung bis August bzw. September kommen soll.

Bürgermeister Christof bittet Stadtrat Schardt dem Stadtbauamt die Gelegenheit zu geben mit dem Staatl. Bauamt zu sprechen. Möglicherweise können bereits am Donnerstag, in der Sitzung des Finanzausschusses, erste Ergebnisse mitgeteilt werden.

7. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wallrapp berichtet, dass am Donnerstag, um 15:00 Uhr, eine Aufsichtsratssitzung angesetzt ist. Anschließend wurde für 16:30 Uhr ein Ortstermin an der Alten Mainbrücke angesetzt und um 17:00 Uhr ist der Termin für den Finanzausschuss. Es müsste bei der Stadt ein Terminkalender aufgelegt werden, damit es nicht zu einer derartigen Terminhäufung kommt. Sie schlägt vor, diesen Ortsbesichtigungstermin der „Alten Mainbrücke“ auf den Stadtratstermin zu verlegen. Hier wäre immer noch die Möglichkeit, die Argumente zu hören. Die Termine müssen vorher abgeklärt werden, auch mit Rücksicht auf die Stadtführer, die bereits ab 15:00 Uhr in einer Sitzung sitzen. Es kann nicht verlangt werden, dass diese Stadträte alles liegen und stehen lassen, um zu einem anderen Termin zu hetzen.

Stadträtin Wallrapp bittet nochmals darum, den Ortstermin „Alte Mainbrücke“ auf den Tag der Stadtratssitzung zu verlegen.

Bürgermeister Christof nimmt dies zur Kenntnis und erwidert, dass die Terminfestlegung ohne sein Zutun erfolgte. Bezüglich der Festlegung und Koordination von Terminen fehlt es derzeit noch an einem zentralen Terminbereich. Es dürfte jedoch machbar sein, dass die Stadtbetriebe hier ihre Termine mit eingeben können. Die Geschäftsführung habe sich jedenfalls entschuldigt, dass es zu dieser Terminkollision gekommen ist. Es wäre zunächst abzuklären, wie wichtig der Ortstermin an sich ist. Es sollte ja die Möglichkeit bestehen, im Finanzausschuss vorzuberaten und dann im Stadtrat zu beschließen.

Bauamtsleiter Graumann wollte den Ortstermin als zusätzliches Angebot verstanden wissen. Es könne durchaus auf derartige Ortstermine wieder verzichtet werden, wenn aufgrund von vorgelegten Plänen entschieden werden soll.

Bürgermeister Christof schlägt vor, die Stadträte über den neuen Termin vor der nächsten Stadtratssitzung zu informieren.

Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadtrat Rank

Stadtrat Rank informiert über den täglichen Stau im Zuge der Panzerstraße und an der Einmündung zur St 2271.

Verwaltungsrat Schwarz erklärt hierzu, dass deswegen bereits verschiedene Gespräche geführt wurden. Da es sich bei den Staus nur um jeweils bestimmte Stoßzeiten handelt, wurde im Einvernehmen mit der Polizei und dem Staatlichen Bauamt auf die Aufstellung einer Ampelanlage verzichtet.

Stadträtin Wallrapp bestätigt, dass bereits eine Regelung des Verkehrs durch die Polizei stattfand.

Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadtrat Pauluhn

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass bei Bausachen viel zu wenig Ortstermine stattfinden. Es wäre sinnvoll, im Rahmen des Verwaltungs- und Bauausschusses derartige Ortstermine durchzuführen.

Zu weiteren Anfragen unter Punkt 4 der Tagesordnung: siehe Teil der Niederschrift für Amt 6.

Bürgermeister Christof schließt die Sitzung um 19:53 Uhr.

Christof
Bürgermeister

Amtsinspektor Felbinger
Schriftführer für Amt 3

Verwaltungsfachwirt Müller
Schriftführer für Amt 6